

Keine Entscheidung zur Windkraft

GEMEINDEVERTRETUNG Erst sollen die Bürger Aarbergens befragt werden / SPD-Antrag abgelehnt

Von
Alfred Christ

*Aarberg
19.2.*

AARBERGEN. Die Gemeinde Aarbergen wird vorerst keine Schritte zur Ausweisung einer Fläche für Windkraftanlagen im Gemarkungsbereich Panrod an der Grenze zu Hünfelden und Hünstetten unternehmen. Ein entsprechender Antrag der SPD wurde am Donnerstagabend in der Gemeindevertretersitzung mit knapper Mehrheit abgelehnt.

In den Gemarkungsbereichen zwischen der B54 und den Grenzen Dörsdorf, Eisighofen und Reckenroth sollen keine kommunalen Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen zur Verfügung gestellt werden, so heißt es im Antrag. Mit Forst und Nachbargemeinden sollten entsprechende Vereinbarungen getroffen werden.

Für diesen Bereich hätten die Bürger von Hausen und Rückershausen bereits ein klares Votum gegen Windanlagenbau abgegeben, begründete Fraktionsvorsitzender Dieter Kirschhoch.

Für den Fall, dass Hünfelden und Hünstetten auf an Aarbergener Gemarkung angrenzenden Flächen Windkraftanlagen errichten, sollte man auf Aarbergener Seite den Bau weiterer Anlagen ins Auge fassen. „Verhindern können wir die Anlagen ohnehin nicht“, stellte der SPD-Sprecher fest. Mit der Ausweisung dieser Fläche, „vier Kilometer von der Ortslage Panrod entfernt“, könne man aber Wildwuchs verhindern und Einnahmen für die Gemeinde erzielen.

Für die Grünen lehnte Dieter Bauer die von der SPD beantragte Vorgehensweise klar ab.

Vor einer Entscheidung für oder gegen Windkraftflächen solle das gesamte Gemeindegebiet auf Eignung und Akzeptanz untersucht werden, begründete er.

Als CDU-Fraktionssprecher erinnerte Simon Scherer daran, dass man im Dezember noch vereinbart habe, zunächst in jedem Ortsteil eine Informationsveranstaltung und dann eine Bürgerbefragung in ganz Aarbergen durchzuführen, bevor man Entscheidungen treffe. Zudem sei der SPD-Antrag „aus juristischen Gründen reiner Unsinn“, denn Verträge mit Nachbargemeinden würden gegen höherrangiges Bundesrecht verstoßen.

Für die Bürgerliste Aarbergen stellte Jürgen Fiedler fest, die BL sei für erneuerbare Energien, „aber nicht gegen den Bürgerwillen und keine Insellö-

sung“. Schon früher habe die BL ein ganzheitliches Konzept für Aarbergen gefordert.

Als Ortsvorsteher von Panrod meldete sich Ernst-Herbert Haberstock (CDU) zu Wort. „Wir können nicht beschließen, ohne Panrod gefragt zu haben“, lehnte auch er den SPD-Vorstoß ab. Zumal die Ausweisung einer Fläche den Bau an anderer Stelle keineswegs ausschließe. Damit widersprach er einer Behauptung von Holger Andree (SPD). Und auf private Flächen habe die Gemeinde sowieso keinen Einfluss.

In einer von der SPD beantragten namentlichen Abstimmung votierten CDU und Grüne mit 13 Stimmen gegen den SPD-Antrag, die zwölf SPD-Vertreter dafür und die beiden BL-Abgeordneten sorgten mit ihrer Enthaltung für die endgültig Ablehnung.